



## Europa Aktuell 8/2024

### **Gemeinsamer Europatag: Gemeinden als demokratische Fundament Europas**

*Der 14. Gemeinsame Europatag österreichischer und deutscher Kommunalpolitiker zeigte deutlich, dass ohne die Gemeinden gar nichts geht. Nicht bei der Integration, nicht bei Infrastrukturinvestitionen und nicht bei der Umsetzung des Grünen Deals. Im neuen EU-Mandat erwartet man sich mehr direkte Ansprache in den Europäischen Institutionen.*

Die Europaausschüsse von Gemeindebund und Deutschem Städte- und Gemeindebund tagen etwa alle zwei Jahre als Gemeinsamer Europatag. Die jüngste Sitzung fand Ende November in Brüssel statt und diente dem Ausblick auf das Mandat der neuen Kommission, aber auch einer Rückschau auf die vergangenen fünf Jahre. Einig waren sich die KommunalpolitikerInnen, dass die Kommunalverbände die ersten Ansprechpartner der Europäischen Institutionen sein müssen, wenn EU-Recht auf lokaler Ebene umzusetzen ist. Auch müssen die kommunale Selbstverwaltung sowie die verfassungsmäßigen Strukturen Österreichs und Deutschlands viel mehr Beachtung im EU-Gesetzgebungsprozess finden.

Im bilateralen Austausch zeigte sich, dass die Finanzlage der Städte und Gemeinden in beiden Ländern extrem angespannt ist und europäisch indizierte Investitionen z.B. in den Grünen Deal und die Digitalisierung nur möglich sein werden, wenn die nationale Ebene die Finanzierungsverantwortung übernimmt. Budgetkommissar Johannes Hahn, der als Gastredner mit dabei war, erteilte der Forderung nach EU-Finanzierung eine Absage, da das EU-Budget nur einen Bruchteil der nationalen Haushalte ausmacht. D.h. die EU kann für konkrete Politik maximal Anstoßfinanzierung liefern, während die Mitgliedstaaten als Co-Gesetzgeber ohnehin für die rechtzeitige Umsetzung von EU-Vorgaben verantwortlich sind.

Ganz allgemein braucht es eine bessere finanzielle Ausstattung der kommunalen Ebene, sowie Entlastung und Deregulierung, wobei insbesondere beim Thema Bürokratie und Berichterstattungspflichten nicht nur die europäische, sondern auch die nationale und regionale Ebene gefordert sind.

Letztlich zeigte sich bei der Tagung unter Co-Vorsitz von Präsident Bgm. Erich Trummer, dass die Gemeinden als Umsetzer vor Ort viele Vorschläge für Vereinfachung und Deregulierung auf allen Ebenen haben, es allerdings nicht nur in Brüssel schwierig ist, sich damit Gehör zu verschaffen.



Mit der verabschiedeten Resolution wenden sich beide Verbände nicht nur an ihre Vertreter im EU-Parlament und an die Europäische Kommission, sondern auch an die eigenen Regierungen.

<https://www.dstgb.de/themen/europa-und-internationales/europa/neue-eu-kommission-gemeindevertreter-setzen-auf-mehr-einbindung/>

### **Berner Konvention senkt Schutzstatus des Wolfs**

*Die Unterzeichnerstaaten der Berner Konvention im Europarat haben sich für eine Herabsetzung des Schutzstatus des Wolfs ausgesprochen. Die EU-Kommission ist damit berechtigt, eine entsprechende Revision der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie auszuarbeiten.*

Der [Berner Konvention](#) gehören 50 Unterzeichnerstaaten an, darunter die EU-Mitglieder, die Mitglieder des Europarats und weitere Staaten, u.a. in Afrika. Der Ständige Ausschuss hat Anfang Dezember einer Herabsetzung des Schutzstatus mehrheitlich zugestimmt, nur Albanien, Bosnien-Herzegowina, Großbritannien, Monaco und Montenegro waren dagegen. Die Änderung tritt drei Monate nach Veröffentlichung in Kraft, sofern sich nicht 1/3 der Unterzeichnerstaaten doch noch dagegen aussprechen. Damit wird der EU-Kommission die Möglichkeit eröffnet, eine entsprechende Revision der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie vorzuschlagen und auch dort den Wolf von „streng geschützt“ auf „geschützt“ herunterzusetzen.

<https://orf.at/stories/3377784/>

### **Neue EU-Kommission bestätigt**

*Am 27. November wurde die Kommission von der Leyen II vom Plenum des EU-Parlaments bestätigt. Dem vorangegangen waren die Hearings der designierten Kommissare und Theaterdonner der einzelnen Fraktionen, bestimmte Kandidaten ablehnen zu wollen. Letztlich handelt es sich aber um die erste Kommission seit 1999, wo alle vorgeschlagenen Kandidaten auch Kommissare werden.*

Die Hearings im EU-Parlament werden gemeinhin auch als „Grillen“ bezeichnet, da die KandidatInnen in den Fachausschüssen auf Herz und Nieren geprüft werden und ungeeignete AnwärterInnen in der Vergangenheit ausgetauscht werden mussten. Dieses Mal wurden die KommissarInnen in spe zwar auch „gegrillt“ und die Stimmung während der Hearings war mitunter fast aggressiv, am Ende stimmte das Parlament aber für das Kollegium, so wie von der Kommissionspräsidentin vorgeschlagen.



Dies hat zwei Gründe: Alle KandidatInnen konnten ihre fachliche Eignung ausreichend unter Beweis stellen, selbst wenn einige nicht wirklich überzeugten. Und der politische Poker zwischen den Fraktionen war dieses Mal wichtiger als vor fünf Jahren. Niemand wollte „seine“ Kandidaten verlieren, sodass am Ende alle Kompromisse eingingen.

Was kann man jetzt von dieser Kommission erwarten? Präsidentin von der Leyen hat allen Mitgliedern des Kollegiums fachübergreifende Aufgaben mitgegeben, die durchaus auch für die kommunale Ebene von Bedeutung sind. So sollen alle Kommissarinnen und Kommissare den Austausch mit KommunalpolitikerInnen suchen und bei Besuchen in den Mitgliedstaaten nicht nur Städte aufsuchen, sondern auch in dünner besiedelten Gebieten Präsenz zeigen. Alle sollen in ihrem Verantwortungsbereich auf Deregulierung und Vereinfachung achten und sich des Grundsatzes der besseren Rechtsetzung besinnen. Neue Konsultationsformen und evidenzbasierte Folgenabschätzungen sind als Auftrag an die lokale Ebene zu sehen, sich pro-aktiv einzubringen.

Auf den Grünen Deal folgt der „Clean Industrial Deal“. D.h. die Wirtschaft wird voraussichtlich mit neuen Standards und Grenzwerten in die Pflicht genommen und die öffentliche Hand könnte über das Vergaberecht zur Belegung von Leitmärkten verpflichtet werden. Wie überhaupt eine Revision der Vergaberichtlinien zu erwarten ist, ebenso wie eine Cloud-Initiative für das öffentliche Auftragswesen.

Mit welchen kommunalrelevanten Initiativen im Jahr 2025 konkret zu rechnen ist, wird das Arbeitsprogramm der Kommission zeigen. Dieses ist in den nächsten Wochen zu erwarten.

[https://commission.europa.eu/towards-new-european-commission-2024-2029\\_en?prefLang=de](https://commission.europa.eu/towards-new-european-commission-2024-2029_en?prefLang=de)